



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831-33  
Fernschreiber 0866890

F/XII/101 - 3. Mai 1957

Einweise  
auf den Inhalt:

Zur Thema: Stil der deutschen Aussenpolitik	S. 1
Krisenerscheinungen der USA-Wirtschaft	S. 3
Herr Linge und die Bundesrepublik	S. 5
Adenauer und die Sowjetunion	S. 7

## Was dient der Entspannung ?

sp - Es scheint so, als würde das Jahr 1957 wieder zu einem Jahr grosser internationaler Konferenzen werden. Die gegenwärtig in Bonn stattfindende NATO-Tagung, die Abrüstungsverhandlungen von London und nicht zuletzt das augenblickliche Verhalten der Russen lassen deutlich werden, wie sehr alles in der internationalen Politik auf Entscheidungen drängt, die den nun schon seit Jahren dauernden Ost-West-Konflikt auflockern sollen. Umso mehr scheint es notwendig zu sein, darauf hinzuweisen, aber auch darauf hinzuwirken, dass die beiden Grossen in Ost und West sowie die in ihrem Machtbereich agierenden Kleinen bemüht sein sollten, ihre Ansichten jenseits der seit Jahren üblichen Sprechweise von Propagandisten zu entwickeln und darzulegen.

Einige gute Beispiele dafür, wie das zweckmässigerweise geschieht, sind in den letzten Tagen gegeben worden. Die Amerikaner haben z.B. - seit langer Zeit zum ersten Male - das jüngste sowjetische Abrüstungsangebot nicht mit der Bemerkung kommentiert, es handele sich wieder einmal nur um "Propaganda". Im Gegenteil, offizielle Regierungssprecher in Washington erklärten, dass die sowjetischen Vorschläge unter Umständen gute Ansatzpunkte für weitere erfolgversprechende Abrüstungsverhandlungen bieten könnten.

Als die Sowjetunion vor kurzem u.a. auch die britische Regierung vor der weiteren atomaren Aufrüstung Englands warnte, liess sich

Premierminister MacMillan alle Ruhe, um die an ihn gerichtete Note Bulganins zu beantworten. Auch die Regierungen anderer westlicher Länder hielten sich an die weise Regel, dass man eine ernste Sache nicht mit einem unwilligen - bildlich gesprochen - Schulterzucken erledigen kann.

Gemessen an diesen Beispielen scheint man mancherorts zu der Einsicht gelangt zu sein, dass eine Welt, die auf dem Pulverfass der atomaren Aufrüstung sitzt, sich zweckmässigerweise einer Sprache befleißigt, die der Entspannung dient, als Reaktionen auf diplomatische Noten sichtbar werden zu lassen, die die Spannung steigern.

In dieser Beziehung wird man in der Bundesrepublik noch einiges zu lernen haben. In Bonn hat sich ein Stil in der Diplomatie entwickelt, der weit davon entfernt ist, der Entspannung zu dienen. Die letzte Bulganin-Note mit der Warnung vor der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik war noch nicht "kalt" geworden, da polterte der Bundesaußenminister schon in einer Art Los, die bisher nur das Privileg einiger seiner Ministerkollegen war.

War das propagandistische Bedürfnis der Bundesregierung am Vorabend der NATO-Konferenz so gross, dass sie gleich ins schwerste Geschütz auffahren musste? Oder glaubte diese Bonner Regierung aus einem anderen Grunde, dass sie ihre NATO-Treue so handsärmelig demonstrieren musste? Der Sache - der Entspannung zwischen Ost und West - hat jedenfalls diese Reaktion der Bundesregierung auf die jüngste Sowjetnote nicht gedient.

Es ist überhaupt erstaunlich, wie schnell gelegentlich sonst sehr gesetzt wirkende Persönlichkeiten aus den Pantinen kippen können, wenn sie irrtümlicherweise glauben, am Schalthobel der Macht zu sitzen. Ähnlich wie der Bundeskanzler die 16 Atomwissenschaftler nach deren Appell an das Gewissen abkanzelte, schossen auch die Propagandakanonen <sup>von Bonn</sup> in der weltweiten Diskussion über die atomare Aufrüstung ohne mit der Wimper zu zucken gleich ganze Breitseiten gegen den Gegenspieler ab.

Wenn es überhaupt einen Ausweg aus der in die Sackgasse geratene internationale Politik gibt, dann ist es der Weg über die Entspannung der Beziehungen zwischen Ost und West. Besonders aber von Deutschland aus gesehen sind Versuche, die internationale Entwicklung durch Propagandareden oder Propagandagesten beeinflussen zu wollen, schädlich. Die deutsche Politik sollte sich daher freimachen von allen Ressentiments und immer bemüht bleiben, jede nur mögliche Chance der Entspannung zwischen Ost und West wahrzunehmen.

3.5.1957

## Kein Ende von schleichender Inflation in Sicht

New York, Anfang Mai

Zum siebenten Male hintereinander zeigte der monatliche Lebenskosten-Index des amtlichen "Büros für Arbeitsstatistik" der amerikanischen Regierung eine ansteigende Kurve der Lebenshaltungskosten. Die Erhöhung im Monat März dieses Jahres gegenüber dem Vormonat betrug nur 0,2 %; aber diese Erhöhung folgt auf sechs andere monatliche Erhöhungen, die sich alle aufeinander addieren - und so steht insgesamt heute der Index fast 2 % über dem Index vor genau einem Jahre, und nicht weniger als 17 % über dem Index des Frühlinges 1950, also vor der steilen Teuerungskurve des koreanischen Krieges.

Es ist dies eine etwas traurige Bilanz jenes Feldzuges gegen die schleichende Inflation in den Vereinigten Staaten, zu dem Präsident Eisenhower, als er zu Beginn des Jahres 1953 die Nachfolge von Präsident Truman antrat, Regierung und Volk aufgerufen hatte. Während des koreanischen Krieges, also zwischen 1950 und 1952, war die unwiderstehliche Teuerungskurve, wie während eines jeden Krieges, wohl unvermeidlich gewesen, da es gegen die Preisbewegungen auf den Weltrohstoffmärkten einfach kein wirksames Mittel gab; aber seither, in der ausgesprochenen Friedenskonjunktur der letzten Jahre, fällt dieser Entschuldigungsgrund fort.

Es muss freilich hinzugefügt werden, dass es während der Jahre 1954 und 1955 so aussah, als ob die langjährige schleichende Inflation in Amerika endlich zum Halten gebracht werden konnte, denn der amtliche Lebenskostenindex war während dieser Zeit faktisch stabil; aber das war im Grunde nur eine optische Täuschung. Die Kosten für Industrieprodukte und Dienstleistungen (Mietzins, Fahrgelder auf öffentlichen Verkehrsmitteln, Telefon- und Elektrizitätsgebühren usw.) stiegen auch in dieser "stabilen" Periode dauernd; aber die Agrarpreise fielen ständig und hielten daher das Gesamtpreinsniveau, zum Schaden der das einzige Opfer tragenden Landwirtschaft, auf gleicher Höhe. Jetzt aber sind die Agrarpreise wieder angezogen, und damit ist die scheinbare vorübergehende Stabilität längst beendet.

### Einbuße an Realöhnen

Nicht alle Leute in Amerika sind über die gegenwärtige unhaltbare Aufwärtsbewegung der Preise bestürzt. Auch abgesehen von den üblichen Profiteuren und Spekulanten einer jeden Inflation (die allerdings in Amerika zur Zeit nur geringe Geschäfte machen, weil die Börse merkwürdigerweise der ganzen Entwicklung nicht traut und die Kurse nur wenig in die Höhe klettern) gibt es Menschengruppen, deren Einkommen an die Quotienten des offiziellen Lebenshaltungsindex geknüpft sind. Es sind dies vor allem Arbeiter in gewissen Berufskategorien, deren Gewerkschaften im Laufe der letzten Jahre Tarifverträge mit automatischer Lohnklausel abschließen konnten, d.h. automatische Lohnerhöhungen (oder Senkungen) entsprechend den monatlichen Ziffern des amtlichen Lebenshaltungsindex. Zu diesen privilegierten Arbeitergruppen gehören die Eisenbahner, die meisten Automobilarbeiter, sowie die Belegschaften verschiedener Grossbetriebe der Elektro- und der chemischen Industrie.

Der Rest der Arbeiterschaft freilich, ebenso wie die grosse Masse

der Personen mit festgelegtem Einkommen, wie Angestellte, Beamte und vor allem Renten- und Pensionsempfänger, sind bei dieser Preisentwicklung geschädigt. Tatsächlich gab das Statistische Amt soeben zu, dass zum ersten Male seit Jahren die Reallöhne der Arbeiterschaft im Ganzen eine Einbusse erlitten haben, d.h. die Inflation den Arbeitern mehr wegnahm, als gleichzeitige Lohnerhöhungen und sonstige Arbeitsverbesserungen ihnen geben konnten. Das Gesamtbild ist also trotz seiner einzelnen Lichtblicke eindeutig negativ, und die Gefahren, die sich aus dieser fortgesetzten schleichenden Inflation ergeben müssen, sind absolut ernst zu nehmen.

### Nachlassender "Boom"

In einem Lande wie den Vereinigten Staaten, dessen Bevölkerungszahl ständig sehr rapide zunimmt und dessen Wirtschaft notwendigerweise immer expansiv zu sein hat, ist an sich eine "kontrollierte" Inflation noch keine Gefahr - und vielfach betrachtet man sie sogar als notwendiges Stimulans einer gesunden Vollbeschäftigungspolitik. Präsident Truman stand z.B. auf dem Standpunkt, dass eine solche kontrollierte Inflation tausendmal besser sei als auch nur die geringfügigste Deflation mit ihren immer katastrophalen Folgen einer Produktions schrumpfung und Massenarbeitslosigkeit. Heute ist jedoch die Lage so, dass der "Boom" der letzten zwei Jahre merklich nachgelassen hat und die Produktion keineswegs mehr auf voller Kapazität läuft. Der Baumarkt hat sich verschlechtert, die Automobilindustrie hat ernster Grund zum Klagen, die Stahlindustrie hat einen weit unter den Ziffern des Vorjahres liegenden Ausstoß; es gibt also zum mindesten Sektoren mit deflationärer Entwicklung. Und gerade deswegen ist die Lage so besorgniserregend: eine Inflation während einer Konjunktur mag hingenommen werden, aber in einer Ebbe-Periode ist sie bedenklich - zumal wenn es sich nicht nur um ein bloßes Nachhinken der Preisentwicklung zu handeln scheint, sondern um eine unaufhörliche permanente Erscheinung.

### Das Dilemma der Regierung

Ob die gegenwärtigen parlamentarischen Bemühungen, den Haushaltsvoranschlag der Regierung zusammenzustrichen, viel an der Lage ändern können, bleibt abzuwarten. Die Parlamentarier wollen primär die Ausgaben kürzen, um nächstes Jahr Steuersenkungen beginnen zu lassen; für den einzelnen Steuerzahler eine höchst erfreuliche und seit langem fällige Perspektive, aber sicherlich keine Brombeere der Inflation. Sprecher der demokratischen Oppositionspartei haben sich letztlich auf den Standpunkt gestellt, dass die Politik des teuren Geldes abgebrochen werden müsse: als Inflationsbekämpfung sei sie gescheitert, und inzwischen habe sie der Baumarkt und viele Industriezweige, deren Absatz auf Ratenzahlungen beruht, gründlichst ruiniert. Das ist vollkommen richtig, zeigt aber doch klar das Dilemma, in dem sich die Regierung befindet: ein Teil der Wirtschaft zeigt Depressions-tendenzen und muss daher durch "billiges Geld", öffentliche Arbeiten und inflationäre Wirtschaftsanfurbelungen ermutigt und saniert werden - und der andere Teil der Wirtschaft leidet immer noch unter Preissteigerungen und müsste daher durch deflationäre und krediterschwerende Massnahmen gebremst werden.

In diesem Dilemma gibt es vermutlich keine allgemeingültigen Parolen. Es hat schon oft in Amerika Zeiten gegeben, wenn das ideale Verhalten ein kunstvolles Balancieren auf der haarscharfen Grenze zwischen Inflation und Deflation gewesen wäre; aber da das nur selten und für kurze Zeit möglich ist, muss man immer mit einem "Abrutschen" nach der einen oder anderen Seite rechnen. Eine Stabilisierung der amerikanischen Gesamtwirtschaft auf einer gesunden und ausbalancierten Mittellage, scheint auf absehbare Zeit nicht möglich zu sein. \* \* \*

Armer Kammerdiener

KJ. Herr Heinz Linge, einstmaliger SS-Sturmabführer und Kammerdiener Adolf Hitlers, hat den demokratischen Staat verklagt. Der Grund: das Bezirksamt Berlin-Zehlendorf will ihm keine Kriegsgefangenenentschädigung zahlen. Herr Linge fühlt sich von der Rechtsnachfolgerin des Dritten Reiches, der Bundesrepublik, schände um 5 640 DM geprellt.

Man hat es fürwahr arg getrieben mit dem armen Kammerdiener! Als er 1955 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft heimkehrte, belagerten ihn flugs die Vertreter zahlloser Gazetten und Illustrierten: "Erzählen Sie, Herr Linge, erzählen Sie!" Und der Kammerdiener Hitlers begann, aus seiner gloriosen Vergangenheit zu plaudern. In der Unterhosen-Perspektive zeigte er den grossen Führer, berichtete er über die Intimitäten seines hohen Amtes als "Chef des Persönlichen Dienstes" in der Reichskanzlei. Hitler, wie er ging und stand, wie er telefonierte, wie er weiche Eier aß. Ein Segen, dass wir es nun ganz genau wissen. Ein Unhold, dieser Hitler? Aber nein - ein Staatsmann, wie mancher andere auch, und liebenswert erst richtig durch allzu menschliche Fehlerchen. Da war der Kronzeuge für den "Menschen Hitler": der Kammerdiener Linge, zehn lange Jahre Märtyrer in sowjetischer Kriegsgefangenschaft.

Natürlich waren die Plaudereien nicht umsonst. Herr Linge bekam sie recht gut honoriert. Was ihn andererseits nicht davon abhielt, um Arbeitslosenunterstützung nachzusehen. Inzwischen hat er die nicht mehr nötig, weil er als Handelsvertreter in Hamburg sein Geld auf neue Weise verdient. Überhaupt waren ihm die Behörden Hamburgs gnädiger als die Berlins: sein Anwalt, der für ihn beim Zehlendorfer Bezirksamt um die 5 640 DM Kriegsgefangenenentschädigung ringt, konnte darauf verweisen, dass man dem Spätheimkehrer Linge inzwischen viele Vergünstigungen eingeräumt hat.

Das Verwaltungsgericht Berlin prüft nun die Klage des memoirenschreibenden und handelsvertretenden Kammerdieners. Wie wird's ausgehen? Da ist einmal die Frage, ob Linge als ziviler Angestellter der Reichskanzlei - der SS-Sturmabführer spielt dabei keine Rolle - überhaupt Kriegsgefangener gewesen sein kann. Sagt das Gericht nein, wird Linge womöglich aus sich einen politischen Häftling machen und versuchen, seine Ansprüche auf Entschädigung über das Häftlingshilfegesetz einzutreiben. Eine tolle Vorstellung: der hitlersche Kammerdiener auf denselben

"Rechtsgrundlagen" wie die arme Teufel von Heimkehrern und die geschundenen Opfer des Kalten Krieges! Der Kämpfer für Hitler in einer Reihe mit den Kämpfern gegen Hitler!

Es gibt freilich eine Möglichkeit, die Entschädigungsansprüche des Kammerdieners zu bremsen: das Gesetz sieht vor, jenen Leuten das Recht auf Entschädigung zu entziehen, die dem Gewaltregime Hitlers "...in verwerflicher Weise Vorschub geleistet haben." Bisher hat unsere Justiz diesen Gesetzesparagrafen sehr sparsam angewandt.

Der kammerdienende SS-Sturmbannführer sollte sich glücklich schätzen, noch einmal so davongekommen zu sein und heute wieder ein normalbürgerliches Leben führen zu dürfen. Nach seiner Rückkehr aus sowjetischer Gefangenschaft hätte er besser taktvoll geschwiegen, als Memoiren darüber zu schreiben, dass er einem Hitler einmal die Unterhosen gehalten hat. Dass er nun gar entschädigt werden will und die Demokratie verklagt, können offenbar nur Leute seines Schlages fertigbringen. Wer oder was gibt Dinge den Mut dazu?

An den 5 640 DM Entschädigung, die Hitlers Kammerdiener bekommt oder nicht bekommt, werden wir guch den Grad ablesen können, den die Restauration in der Bundesrepublik erreicht hat.

\* \* \*

McCarthy +

sp - Im Alter von 49 Jahren ist der republikanische Senator McCarthy an den Folgen einer akuten Leberentzündung gestorben. Mit dem Namen McCarthy verbindet sich nicht nur in den Vereinigten Staaten der Begriff einer modernen "Hexenverfolgung" wie man sie bis zum Jahre 1950 in demokratischen Staaten für unmöglich gehalten hätte. McCarthy "schuberte" die amerikanischen Behörden von allen Personen, über die ihm zugetragen worden war, dass sie des Kommunismus verdächtig seien, oder irgendwann einmal in ihrem Leben mit dem Kommunismus in Berührung gekommen wären. Der verstorbene McCarthy gehörte zu den umstrittensten politischen Persönlichkeiten der USA, dessen Methoden in allen politischen Kreisen einen so wachsenden Widerwillen gegen jede Art von politischer Schnüffelei auslösten, dass der "McCarthyismus" schon abebbte, bevor sein Urheber das Zeitliche segnete. Um McCarthy, den jetzt verstorbenen Senator, war es in den letzten zwei Jahren sehr still geworden.

\* \* \*

- 7 -

Hoﬀnung auf sowjetische Schwierigkeiten

A.E. Ein Schlüssel zum Verständnis der Haltung des Bundeskanzlers in allen das Verhältnis zwischen Bonn und Moskau und damit die Wiedervereinigung betreffenden Fragen liefert ein längeres Gespräch, das er mit dem Chefredakteur der berühmten britischen Wochenzeitschrift "New Statesman and Nation", Martin Kingsley, kürzlich geführt hatte. Bei Dr. Adenauer hat die Vorstellung, die Sowjetunion werde infolge von wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Schwierigkeiten früher oder später zu weitgehenden Konzessionen gezwungen sein, insbesondere was ihre Haltung in der Deutschenfrage betrifft, zur fixen Idee geworden. Der kluge britische Beobachter bezeichnet eine solche Beurteilung der Sowjetunion als den offensichtlichen Strichalm, an den sich die Anhänger der Rechten in Deutschland z.Zt. klammern.

Seit es eine Sowjetunion gibt - und sie existiert immerhin schon 40 Jahre - gibt es auch Spezialisten der Theorie eines baldigen und unvermeidlichen sowjetischen Zusammenbruchs. Diese Theorie stützt sich auf Meinungen oder Wunschdenken, nicht auf Tatsachen. Sie zum Grundsatz politischen Handelns zu erheben, ist mehr als töricht, denn daraus entstehen folgenschwere Fehlentscheidungen. Der wohl tragischsten Verkennung unterlag einst ein Hitler. Weil die Sowjetrussen in den ersten Monaten des Finnisch-russischen Krieges nicht gerade besondere militärische Leistungen aufwiesen, schloss er aus eine enorme Schwäche der Sowjetarmee; das deutsche Volk und die Welt verzählte fürchten für diesen Irrtum. Die Sowjetunion überstand nicht nur diesen, bisher für sie gefährlichsten, ihre Existenz bedrohenden Ansturm, sie ging aus ihm, nicht zuletzt durch die Hilfe ihrer damaligen Verbündeten und heutigen Gegenspieler, als zweitstärkste Weltmacht hervor.

Die Anhänger einer russischen Zusammenbruchstheorie, durch die Tatsachen so eklatant widerlegt, liessen sich nicht beirren, munter und blind vor der Wirklichkeit ihr Getöse weiterzuspinnen. Ihre Phantastereien finden auch im offiziellen Bonn Anklang, ja sie bestimmen wesentlich das Russlandbild der grössten Regierungspartei, vor allem das des Bundeskanzlers und seines Verteidigungsministers. Daraus ergeben sich vor von deren Standpunkt durchaus konsequent zwei Verhaltensweisen: einmal die des anhaltenden Druckes, um den erwarteten Zusammenbruch zu beschleunigen, oder, wenn dies zu gefährlich wird oder aus aussenpolitischen Gründen nicht genügend effektiv geschehen kann, durch passives Abwarten. Zwischen beiden Extremen schwankt die Bonner Russlandpolitik.

Das Gestammel, das Strauss in einem Nachrichtenmagazin kürzlich von sich gab, bestätigt dieses Bild - ein erschütterndes Bild, das sehr viele Dinge enthüllt, aber nicht mit einem einzigen Strich auch nur andeuten kann, wie eigentlich bei solcher Standortbetrachtung die deutsche Wiedervereinigung erreicht und von der Welt der Abdruck eines neuen Krieges genommen werden kann. Strauss drückte das so aus: Es gibt Anzeichen, dass sich in der Sowjetunion und im Satellitenbereich eine Evolution anbahne, man solle diese Evolution nicht stören, man solle sie vorangehen lassen, bis der weltrevolutionäre Kommunismus sich in ein anderes System verwandelt hat. Was dieses "andere System" aber beinhalten soll, damit Russland in seinen Augen wieder verhandlungswillig und fähig wäre, das sagt Strauss allerdings nicht. Erwartet er etwa die Rückkehr eines zaristischen Absolutismus oder gar die Übertragung westlicher Wirtschaftsformen auf das Gebiet der Sowjetunion?

Solche innere Einstellung schließt natürlich jede realistische Initiative im Hinblick auf eine aktive Wiedervereinigungspolitik aus, sie deckt sich mit den Ideen eines der Väter der versunkenen EWG, des früheren französischen Außenministers Robert Schuman. In einem deutsch-französischen Parlamentariengespräch meinte Schuman, Deutschlands Wiedervereinigung sei so lange nicht möglich, solange die Sowjetunion in ihrer gegenwärtigen Form existiere. Wer so denkt, muss konsequenterweise auf jede aus den Spannungen im Atomzeitalter herausführende Politik verzichten. Er taumelt von Irrtum zu Irrtum. Aber gerade wir Deutschen haben jede Veranlassung, politische Irrtümer auf ein Mindestmass zu verringern, leiden wir doch jetzt noch an den Folgen grosser Irrtümer, die der deutschen Politik in einer Generation unterliefen.

Gewiss hat die Sowjetunion auch ihre inneren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten - welches Land hat sie nicht? - aber das hat sie nicht gehindert, die zweitstärkste Macht der Welt zu werden. Mit dieser staatlichen Realität haben wir uns, bei aller Ablehnung ihrer, den Westen fremden Ideologie, zu befassen. Sie zu leugnen oder auf ihr Verschwinden zu warten, heisst sich selbst zur Passivität zu verurteilen. Wie sagte Martin Kingsley? Die deutsche Rechte klammert sich an einen Strohhalm. Aber ein Strohhalm war noch niemals für die Völker ein Rettungsanker.

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Marbscheffel